

Europäische Parteien

Jürgen Mittag

Politische Parteien auf europäischer Ebene sind organisatorische Zusammenschlüsse von nationalen Parteien, die in erster Linie einen Rahmen für die Kommunikation, Interaktion und Vernetzung der nationalen Parteien im Lichte ihrer gemeinsamen Grundausrichtung bzw. ihrer europapolitischen Positionen bilden. Häufig auch als europäische Parteien oder Europarteien bezeichnet, stellen sie der Form nach Dachorganisationen der nationalen Parteien auf EU- bzw. Europa-Ebene dar, sie besitzen jedoch keine hierarchisch übergeordneten Kompetenzen. Ihre Anerkennung erfolgt auf Grundlage der im Jahr 2003 verabschiedeten „Verordnung (...) über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“.¹ Im Jahr 2013 wurden, ebenso wie im Vorjahr, insgesamt 13 Gruppierungen seitens der Europäischen Union als politische Parteien auf europäischer Ebene anerkannt und dementsprechend finanziell unterstützt.

Hatten sich die europäischen Parteien im Jahr 2012 vor allem ihrer internen Organisation und der Durchführung ihrer Kongresse gewidmet, stand im Jahr 2013 die Vorbereitung der Europawahl 2014 im Vordergrund. Dabei rückte zunächst erneut die Frage nach den institutionellen Rahmenbedingungen ins Blickfeld. Seitens der Europäischen Kommission war bereits am 12. September 2012, nach vorangegangenen umfassenden Konsultationen, ein „Vorschlag (...) über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen“ eingebracht worden,² der auch die Durchführung der Europawahlen 2014 berührte. Dieser Kommissionsvorschlag für einen verbindlichen Rechtsakt wurde in den Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen³ und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses grundsätzlich begrüßt,⁴ von Rat und Europäischem Parlament (EP) aber zunächst nicht weiter verfolgt. Vor diesem Hintergrund legte die Europäische Kommission am 12. März 2013 eine (unverbindliche) Empfehlung „für ein demokratischeres und effizienteres Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament“ vor, in der die Überlegungen zur Durchführung der Europawahlen aufgegriffen und präzisiert wurden.⁵ Nach Ansicht der Europäischen Kommission „würden zusätzliche Maßnahmen die Sichtbarkeit der europäischen Parteien während des gesamten Wahlprozesses – vom Wahlkampf bis zur Stimmabgabe – erhöhen und es diesen ermöglichen, die Kluft zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern der Union wirksam zu

-
- 1 Vgl. Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 sowie die Anpassung durch die Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007.
 - 2 Siehe Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, (2012/0237 (COD)), 12. September 2012.
 - 3 Stellungnahme des Ausschusses der Regionen: Das Statut und die Finanzierung der europäischen politischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen, ABl. C 062 vom 2. März 2013, S. 77-81.
 - 4 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, ABl. C 133 vom 9. Mai 2013, S. 90-91.
 - 5 Hierzu und nachfolgend: Empfehlung der Kommission vom 12. März 2013 für ein demokratischeres und effizienteres Verfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament ABl. L 079 vom 21. März 2013, S. 29-32.

schließen“. Vor diesem Hintergrund schlägt die Kommission vor, dass „die Mitgliedstaaten (...) vor und während der Wahlen zum Europäischen Parlament auf die Unterrichtung der Wähler über die Verbindung zwischen einzelstaatlichen Parteien und europäischen politischen Parteien hinwirken, unter anderem, indem sie die Angabe einer entsprechenden Verbindung auf den bei diesen Wahlen verwendeten Stimmzetteln gestatten und fördern“. Des Weiteren wird angeregt, dass „einzelstaatliche Parteien, die an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen, (...) vor diesen Wahlen ihre Verbindung zu europäischen politischen Parteien öffentlich bekannt geben. Sie sollten zudem ihre Verbindung zu europäischen politischen Parteien in sämtlichen Wahlkampfmaterialien, Mitteilungen und politischen Rundfunksendungen deutlich angeben“. Schließlich schlägt die Kommission auch vor, dass „politische Parteien auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten (...) im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament den von ihnen unterstützten Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission und das Programm dieses Kandidaten bekannt geben. Politische Parteien auf Ebene der Mitgliedstaaten sollten in ihren politischen Rundfunksendungen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament die Bürgerinnen und Bürger auch über den von ihnen unterstützten Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission und das Programm dieses Kandidaten informieren“.

Namentlich der liberale Europaabgeordnete Andrew Duff, der sich als Berichterstatter des Konstitutionellen Ausschusses (AFCO) des Europäischen Parlaments in der aktuellen Wahlperiode wiederholt für eine Stärkung der europäischen Dimension der Europawahlen eingesetzt hatte, griff diese Überlegungen auf und trat ebenfalls mit Forderungen hervor, die Rolle der europäischen Parteien im Europawahlkampf zu stärken. In seinem am 8. April 2013 vorgelegten „Entwurf eines Berichts über eine verbesserte Organisation der Wahlen zum Europäischen Parlament“, der mit 507 Stimmen, bei 120 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen, vom Plenum des EP am 4. Juli 2013 angenommen wurde, betonte er vor allem die Bedeutung, die eine konsequente Personalisierung der Wahlen für die Demokratisierung der EU besitzt.⁶ Duff forderte die „europäischen Parteien auf, ihre Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission so frühzeitig zu nominieren, dass sie noch die Möglichkeit haben, eine aussagekräftige Wahlkampagne zu organisieren“. Darüber hinaus regte der Bericht in Anlehnung an den Kommissionsvorschlag an, „die Namen und Embleme der europäischen Parteien auf dem Stimmzettel neben der jeweiligen Liste der Kandidaten“ abzudrucken und ermutigte „die Mitgliedstaaten, politische Werbesendungen der europäischen Parteien zuzulassen“. Da Duffs Eingabe aber, im Gegensatz zu seinen anderen Initiativen der letzten Jahre, die auf eine rechtlich bindende Reform des Wahlrechts zielten, lediglich den Charakter einer unverbindlichen politischen Entschließung mit Empfehlungscharakter hat, bleibt eine EU-weite Umsetzung dieser Vorschläge fraglich.

Mit Blick auf Art. 17(7) des EU-Vertrags, der vorsieht, dass der Europäische Rat bei seinem Vorschlag für die Wahl des Kommissionspräsidenten „das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“ zu berücksichtigen hat, wurden von den politischen Parteien auf europäischer Ebene im zweiten Halbjahr 2013 rege Aktivitäten zur Kandidatennominierung unternommen. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) setzt dabei auf ein stark formalisiertes Verfahren, das an das Prinzip der US-amerikanischen Vorwahlen angelehnt ist. Im Rahmen der SPE müssen Kandidaten bis Ende Oktober 2013 die schriftliche Unterstützung der eigenen nationalen Partei sowie von mindestens fünf weiteren Mit-

6 Vgl. zum Folgenden: Entwurf eines Berichts über eine verbesserte Organisation der Wahlen zum Europäischen Parlament (0000/2013(INI)).

gliedsverbänden erhalten. Hierzu können neben den nationalen Parteien auch Organisationen wie die EP-Fraktion oder die SPE-Jugendorganisation zählen. Der Wettbewerb wird dadurch verschärft, dass jeder Mitgliedsverband nur einen Kandidaten unterstützen kann. Zudem führen die 38 Mitgliedsverbände bis Januar 2014 interne Abstimmungen durch, deren Ergebnisse für die Delegierten bindenden Charakter haben. Der gegenwärtige EP-Parlamentspräsident Martin Schulz gilt in der SPE bereits seit längerem als aussichtsreichster Kandidat und wird mutmaßlich auf einem neu eingeführten SPE-Wahlparteitag im Februar 2014 zum sozialdemokratischen Spitzenkandidaten gekürt.

Auch in der Europäischen Grünen Partei (EGP) wird bei der Kandidatennominierung explizit auf das Prinzip der Primaries rekurriert. In diesem Fall müssen Unterstützungserklärungen von zumindest fünf nationalen Mitgliedsparteien vorliegen, die ebenfalls nur jeweils einen Kandidaten unterstützen können. Anders als die SPE plant die EGP dann aber zur Wahl des bzw. der Spitzenkandidaten eine EU-weite Online-Abstimmung, an der sich nicht nur Mitglieder grüner Parteien, sondern auch alle Unionsbürger über 16 Jahren beteiligen können, die sich zu den Grundwerten der europäischen Parteiorganisation der Grünen bekennen. Ermittelt werden sollen in diesem Rahmen insgesamt zwei Spitzenkandidaten, darunter zumindest eine Frau. Gute Chancen werden Kandidaten aus Deutschland und Frankreich eingeräumt.

Seitens der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) wurde bislang noch kein endgültiges Verfahren zur Nominierung der Kandidaten bekanntgegeben, jedoch betont, dass beide europäischen Parteiorganisationen beabsichtigen, mit eigenen Spitzenkandidaten anzutreten. Bei den Liberalen und Demokraten der ALDE gelten der EP-Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt und der Vizepräsident der Kommission Olli Rehn als aussichtsreiche Kandidaten, während bei der EVP die Kandidatenfrage noch weitgehend offen ist: Neben Polens Premier Donald Tusk, dem irischen Premier Enda Kenny werden auch die beiden Luxemburger Christdemokraten Jean-Claude Juncker und Viviane Reding als Kandidaten gehandelt. Die Europäische Linke (EL) hat ebenfalls die Nominierung eines Spitzenkandidaten angekündigt. Auf dem Parteikongress im Dezember 2013 in Madrid soll der griechische Oppositionsführer und radikale Linke Alexis Tsipras zum Spitzenkandidaten nominiert werden.

Unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten besitzt die Europawahl 2014 bzw. die Nominierung von Spitzenkandidaten im Vorfeld das grundsätzliche Potenzial, eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der europäischen Parteien zu markieren. Im Gegensatz zu den strukturellen Anpassungen durch die beiden Verordnungen der Jahre 2003 und 2007, die vor allem den rechtlichen Status und die finanziellen Belange der europäischen Parteien berührten, stärkt die Kandidatenkür ihre politische und funktionale Dimension. Der Wettbewerb bei der Entscheidung über eines der wichtigsten politischen Ämter in der EU eröffnet den Parteien auf europäischer Ebene grundlegend neue Kompetenzen im Bereich der Rekrutierung, da sie den Rahmen für die Aufstellung, Auswahl und Entscheidung der Kandidaten stellen und damit weitaus stärker in Erscheinung treten als in der Vergangenheit. Zu erwarten ist, dass den europäischen Parteiorganisationen infolgedessen auch im eigentlichen Wahlkampf, im Frühjahr 2014, verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit zukommen wird.

Neben den auf die Impulse der Europawahl zurückgehenden Entwicklungen, die Auswirkungen für die Mehrheit der Parteien auf europäischer Ebene nach sich ziehen, sind auch spezifische Aktivitäten der einzelnen europäischen Parteiorganisationen im Berichtszeitraum hervorzuheben. Im Hinblick auf die formale Anerkennung, Mitgliedstrukturen

und finanzielle Zuwendung der Parteiorganisationen (siehe Tabelle) sind indes nur geringfügige Unterschiede zum Vorjahr auszumachen.

Formal anerkannte politische Parteien auf europäischer Ebene

M = Mitgliedspartei VM = Vollmitglied(partei) AM = Assoziiertes Mitglied B = Beobachter	Kürzel	Gründung Reform	Sitz	Mitgliedsparteien	korresp. EP-Fraktion	Politische Ausrichtung	EU-Finanzierung 2013 in Mio. Euro (gerundet)
Sozialdemokratische Partei Europas	PES (engl.) SPÉ (dt.)	1974 1992	BE	32 VM aus 28 Staaten 11 AM / 10 B	S&D	sozialdemokratisch / sozialistisch	4,985
Europäische Volkspartei	EPP (engl.) EVP (dt.)	1976 1999	BE	48 VM aus 41 Staaten 5 AM / 20 B	EVP	christdemokratisch (konservativ)	7,276
Allianz der Demokraten und Liberalen für Europa	ALDE	1976 1993	BE	52 VM aus 36 Staaten	ALDE	liberal	2,232
Europäische Freie Allianz	EFA	1982 1994 2004	BE	35 VM aus 16 Staaten / 5 B	Grüne/EFA	regional / „nationalistisch“	0,439
Europäische Grüne Partei	EGP	1983 1993 2004	BE	38 VM aus 32 Staaten / 8 B	Grüne/EFA	grün / alternativ	1,563
Europäische Linke	EL	2004	BE	(27 VM) aus 21 Staaten / 11 B	GUE/NGL	sozialistisch / post-kommunistisch	0,947
Europäische Demokratische Partei	EDP	2004	BE	10 M aus 9 Staaten	ALDE (S&D)	zentristisch (liberal)	0,572
EUDemokraten – Allianz für ein Europa der Demokraten	EUD	2005	DK	16 M aus 11 Staaten	(GUE/NGL)	europaskeptisch	0,278
Europäische Christliche Politische Bewegung	ECPM	2002 2010	NL	20 M aus 15 Staaten	ECR/EFD	christlich / evangelikal	0,305
Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten	AECR	2009	BE	12 M aus 10 Staaten / 1 AM	ECR	nationalkonservativ / europaskeptisch	1,403
Europäische Allianz nationaler Bewegungen	EANM (engl.) AEMN (fr.)	2009	FR	4 M aus 4 Staaten 9 AM / 4 B	-	rechtsextrem	0,385
Europäische Allianz für Freiheit	EAF	2010	MT	6 M aus 6 Staaten	-	rechtspopulistisch	0,385
Bewegung für ein Europa der Freiheiten und der Demokratie	MELD (engl.)	2011	FR	11 M aus 10 Staaten	EFD	nationalkonservativ / europaskeptisch	0,814

Stand der Angaben: September 2013; Daten zur Parteienfinanzierung: www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_foundations_per_03-2013.pdf.

Auf dem Treffen des Rats der SPE, der im Juni 2013 in Sofia zusammenkam, befasste sich die Partei primär mit der Situation der europäischen Jugend sowie mit Fragen der Industriepolitik. Zu beiden Themenfeldern wurden Resolutionen verabschiedet. Darüber hinaus wurde das neu ausgearbeitete SPE-Grundsatzprogramm angenommen, das drei Problem-

feldern besondere Beachtung widmet: der demokratischen Kontrolle in der sozialen Marktwirtschaft, einem sozialen „New Deal“ in Europa für Qualifikation, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sowie einer Union der inneren Solidarität, die international für Frieden, Wohlstand und Fortschritt eintritt. Wurde in der SPE bereits auf dem Kongress im September 2012 in Brüssel mit dem früheren bulgarischen Premier Sergej Stanischew ein neuer Präsident und mit dem Leiter der Abteilung Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand Achim Post ein neuer Generalsekretär gewählt, so stehen bei der EVP wesentliche Personalentscheidungen noch bevor. Wilfried Martens, der seit 1990 als EVP-Präsident amtierte, war im Oktober 2012 auf dem Bukarester Kongress der EVP für eine Amtsdauer von drei Jahren wiedergewählt worden, erkrankte aber in der Folge schwer und musste kurz vor seinem Tod am 9. Oktober 2013 die Amtsgeschäfte übergeben. Kommissarisch wurde Joseph Daul, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, mit dem Vorsitz der EVP beauftragt. Die EVP hatte bereits auf ihrem Kongress 2012 ein neues Grundsatzprogramm – bestehend aus „Party Platform“ und „Political Manifesto“ – verabschiedet und damit die erste grundlegende Programmrevision seit 1992 in die Wege geleitet. Im Mittelpunkt des EVP-Programms stehen das Verständnis von Europa als Wertegemeinschaft, die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft, das Subsidiaritätsprinzip und die Europäische Union als Stabilitätsunion. Bei beiden großen europäischen Parteien bleibt abzuwarten, inwieweit die neuen Grundsatzprogramme auch Impulse für die Wahlmanifeste liefern, die mit stärkeren Aktualitätsbezügen im Februar und März 2014 den Europawahlkampf einläuten sollen.

Auffällig ist die Umbenennung der 1976 gegründeten und seit 1978 als ELD bzw. seit 1986 als ELDR firmierenden europäischen Parteiorganisation der Liberalen und Demokraten auf dem Dubliner Kongress im November 2012 in Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE). Mit der Umbenennung zielte man auf eine stärkere Verzahnung mit der seit 2004 ebenfalls unter diesem Namen firmierenden ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament. Inhaltlich stand in Dublin das Thema Energiewende im Mittelpunkt. Der Kongress der ALDE-Partei 2013 findet im November in London statt und wird neben der Wahl des Vorsitzenden auch bereits die Annahme des Wahlprogramms behandeln. Ebenfalls im November 2013 findet auch das Ratstreffen der Europäischen Grünen Partei in Brüssel statt, auf dem es um die künftigen Zielsetzungen grüner Politik in Europa und um die Europawahlen gehen soll. Auf der Ratstagung der EGP soll das Wahlmanifest vorbereitet werden, verabschiedet wird es indes erst auf einem Wahlparteitag im Februar 2014. In der regional orientierten Europäischen Freien Allianz standen vor allem Unterstützungsaktionen für regionale Autonomiebestrebungen auf der Agenda, so u.a. für Katalonien, Südtirol und das Szeklerland (Ungarn). In der Partei der Europäischen Linken sind die Aktivitäten 2013 vor allem auf den vierten Kongress der Partei in Madrid im Dezember 2013 ausgerichtet, der unter dem Motto „United for a Left Alternative in Europe“ steht. Ansonsten entfaltete die Partei nur begrenztes Engagement, was sich auch in einer kaum aktualisierten Internetpräsenz widerspiegelt. Eine ähnliche Einschätzung ist auch für die Europäische Demokratische Partei zu treffen, deren Aktivitäten stark vom französisch-italienischen Führungsduo geprägt sind. Sichtbar in Erscheinung getreten ist die Partei vor allem im Rahmen ihres „European Renewal Forum“, bei dem zahlreiche namhafte EP- und Kommissionmitglieder auftraten.

Die europaskeptischen EUDemokraten haben sich im Berichtszeitraum vor allem bei Aktionen gegen den Euro, namentlich in Lettland, engagiert. Die christlich-evangelikal geprägte Europäische Christliche Politische Bewegung hat sich insbesondere für die Europäische Bürgerinitiative „One of us“ eingesetzt, die sich gegen die Tötung menschlicher Embryonen richtet und das notwendige Quorum für eine Anhörung vor EU-Parlament und

Kommission bereits erreicht hat. Bei der europaskeptischen Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten war das Ratstreffen im Mai 2013 nicht zuletzt auf die seit 2011 bestehende Mitgliedschaft der isländischen Unabhängigkeitspartei zurückzuführen, gegenwärtig die stärkste Kraft im isländischen Parlament. Die Aktivitäten der weiteren kleinen europäischen Parteien EANM, EAF und MELD blieben im Jahr 2013 überschaubar und beschränkten sich weitgehend auf Kommentare zur Europapolitik.

Mit Blick auf die für 2014 angesetzte Europawahl kam es zu weiteren Parteienneugründungen auf europäischer Ebene. Die umfassendsten Aktivitäten sind bei der Europäischen Piratenpartei auszumachen, die seit längerem ihre Gründung vorbereitet hat. Bereits auf der Tagung „Pirate Parties International“ im April 2012 in Prag wurde intensiv über die Gründung einer europäischen Parteiorganisation der Piraten diskutiert, deren Ziel es ist, bei der Europawahl 2014 in einer Mehrzahl der Mitgliedstaaten anzutreten. Nach verschiedenen vorbereitenden Treffen fand im September 2013 in Luxemburg der Gründungsparteitag statt. Insgesamt 16 nationale (bzw. regionale) Piratenparteien unterzeichneten das Statut der Europäischen Piratenpartei (PPEU), darunter auch Parteien aus Russland, Norwegen, der Schweiz und Katalonien. Als zentrales Ziel wurde die Wahrung von Bürgerrechten auf europäischer Ebene hervorgehoben. Vorangegangen war dem Gründungsakt im August 2013 die Gründung der Jugendorganisation Young Pirates of Europe (YPE) durch acht europäische Piratenparteien. Eine Beteiligung an der Europawahl streben auch verschiedene Feministischen Parteien an, die auf der vierten Konferenz der Feministischen Parteien Europas im August 2013 im schwedischen Uppsala eingehender über die Kandidatur zur Europawahl und die Gründung einer feministischen Fraktion im Europaparlament berieten.

Der beträchtliche Einfluss, den die Europawahlen auf die Formierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene ausüben, zeichnet sich auch mit Blick auf den Bedeutungszuwachs von nationalen Parteien ab, die mit einer explizit europaskeptischen Haltung bei den Europawahlen antreten. Sollten Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD), die bei der Bundestagswahl 2013 knapp an der 5 % Hürde scheiterte, ins Europäische Parlament einziehen, könnte sich nicht nur das Kräfteverhältnis der EP-Fraktionen ändern, sondern auch das Parteiensystem auf europäischer Ebene einen neuen Zuschnitt erhalten. Während die bis 2004 gegründeten Parteien mittlerweile ein erhebliches Maß an organisatorischer Stabilität aufweisen, gilt dies nicht in vergleichbarer Form für die vier erst im Gefolge der Europawahl 2009 gegründeten europäischen Parteien.

Angesichts ihres originären Charakters wird mit Blick auf die politischen Parteien auf europäischer Ebene auch nach der Europawahl 2009 noch nicht von jener europäischen Parteiendemokratie zu sprechen sein, die in der wissenschaftlichen Forschung verstärkt erörtert wird. Die parteipolitische Kommunikation zwischen der nationalen und der europäischen Ebene scheint indes ein gutes Stück vertieft zu werden, gewinnt die politische (Ver-)Mittlerrolle der europäischen Parteien im Sinne ihres Netzwerkcharakters doch zunehmend an Kontur.

Weiterführende Literatur

- Benjamin von dem Berge/Poguntke, Thomas: Die Europäisierung nationaler Parteien und europäische Parteien, in: Oskar Niedermeyer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Berlin 2013, S. 875-904.
- Benjamin Höhne: Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen 2013.
- Thomas Poguntke/Merten, Heike/Morlok, Martin (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie, Baden-Baden 2013.
- Göran von Sydow: Politicizing Europe. Patterns of Party-Based Opposition to European Integration, Stockholm 2013.